

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD

Teilnahme von Mitgliedern der Bundesregierung an den Bayreuther Festspielen

Der Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. (BdSt) kritisiert die Bundesförderung der Bayreuther Festspiele (Das BdSt-Sparbuch für den Bundeshaushalt 2022, Bund der Steuerzahler e. V., S. 42).

Der Bund hält wie das Land Bayern und die Gesellschaft der Freunde von Bayreuth 29 Prozent der Anteile an der Bayreuther Festspiele GmbH. Die Stadt Bayreuth ist mit 13 Prozent involviert (https://www.zeit.de/kultur/2020-12/monika-gruetters-richard-wagner-festspiele-strukturen-pruefung-satzung?utm_referer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).

Der Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. berichtet, dass die Mittel von je 2,8 Mio. Euro, die 2019 und 2020 an die federführende Bayreuther Festspiel GmbH geflossen waren, für das Jahr 2021 auf 4,1 Mio. Euro aufstockt worden seien. Im Haushaltsentwurf 2022 seien 3,6 Mio. Euro eingestellt worden (Das BdSt-Sparbuch für den Bundeshaushalt 2022, Bund der Steuerzahler e. V., S. 42).

Im Jahr 2020 machte die damalige Staatsministerin für Kultur und Medien Monika Grütters deutlich, dass der Bund die Struktur der Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth überprüfen wolle. Aus der Sicht der ehemaligen Kulturstaatsministerin gehe es „nicht nur darum, wer wie viel Mitspracherecht hat, sondern vor allem darum, wie wir das Publikum erreichen“. Man müsse einfach fragen: „Wird die Bringschuld eines national und international bedeutsamen Opernfestivals eingelöst? Werden die Erwartungen des Publikums angemessen berücksichtigt? Sind die Strukturen geeignet, damit ein Höchstmaß an künstlerischer Leistung erbracht werden kann? Da hat es in der Vergangenheit manchmal doch Reibungsverluste gegeben“ (https://www.zeit.de/kultur/2020-12/monika-gruetters-richard-wagner-festspiele-strukturen-pruefung-satzung?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).

Schon vor mehr als zehn Jahren wurde Kritik an der Finanzierung der Festspiele laut. Medien berichteten hierzu: „Der Rechnungshof hatte 2011 die Vergabepraxis in einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages massiv gerügt. So würden bei Premieren nur 16 Prozent der Tickets in den freien Handel gelangen. Der Rest werde entweder als Freikarten oder feste Kontingente an Sponsoren und Prominente aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vergeben. Hinter dem Bericht der Prüfer steht die Forderung, mehr Tickets im freien Verkauf anzubieten – schließlich werde der Betrieb mit Steuergeld unterstützt“ (<https://www.augsburger-allgemeine.de/kultur/Bayreuth-Ausgeladen-id17934861.html>). An den diesjährigen Inszenierungen hatte es Kritik gegeben (u. a. <https://www.swr.de/swr2/buehne/bayreuth-zunehmend-umstritten-siegfried-ist-unlogisch-und-egozentrisch-inszeniert-100.html> und <https://www.br-klass>

ik.de/aktuell/news-kritik/kommentar-publikumsreaktionen-buh-rufe-diskussion-bayreuth-100.html).

In den vergangenen Jahren war die damalige Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, wie auch in diesem Jahr, regelmäßig zu Gast. Die aktuelle Bundesregierung hingegen war nur schwach vertreten. In diesem Jahr waren allerdings die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz und Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth die einzigen Vertreter der Bundesregierung auf dem roten Teppich in Bayreuth (<https://www.merkur.de/politik/merkel-stoiber-bayreuth-festspiele-kanzlerin-einladung-ruhestand-handy-fauxpas-91688596.html>).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Werden nach Kenntnis der Bundesregierung kostenlose und/oder reduzierte Karten für Vorstellungen der Bayreuther Festspiele vergeben?

Wenn ja, erhalten Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierungen, der Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und sonstige Politiker und sogenannte Prominente nach Kenntnis der Bundesregierung kostenlose oder preislich reduzierte Karten für die Vorstellungen, und wenn ja, wie im Einzelnen?

2. Wenn die Frage 1 mit Ja beantwortet wird, wie viele kostenlose und reduzierte Karten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2010 jährlich vergeben?

Wie und an wen werden nach Kenntnis der Bundesregierung kostenlose und reduzierte Karten vergeben?

3. Welche Mitglieder der Bundesregierung nahmen seit dem Jahr 2010 an jeweils welchen Vorstellungen der Bayreuther Festspiele teil?

4. Werden nach Kenntnis der Bundesregierung

- a) Mitglieder der Bundesregierung,
- b) Mitglieder des Deutschen Bundestages,
- c) Mitglieder der Landesregierungen,
- d) Mitglieder der Landesparlamente und
- e) andere Mandatsträger

bei der Vergabe von Karten prioritär behandelt, und wenn ja, inwiefern, und wieso?

5. Hat die Bundesregierung aus der Kritik des Bundesrechnungshofes hinsichtlich der Vergabe von Eintrittskarten, die auch aus Sicht der Fragesteller intransparent ist, Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln gezogen, und wenn ja, welche (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.bayreuther-festspiele-rechnungshof-ruegt-kartenvergabe.00b1c4b0-4f1a-4f98-940c-7e67a7c8167c.html>)?

6. Hat die Bundesregierung aus der Kritik der damaligen Kulturstaatsministerin Monika Grütters Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln gezogen, und wenn ja, welche (<https://www.zeit.de/kultur/2020-12/monika-gruetters-richard-wagner-festspiele-strukturen-pruefung-satzung>)?

7. Plant die Bundesregierung eine Änderung der Förderziele und der Höhe der Zuschüsse zu den Bayreuther Festspielen, und wenn ja, inwiefern, und wie begründet sie die Änderung?

Plant die Bundesregierung, im Verwaltungsrat der Bayreuther Festspiele GmbH auf eine Änderung der Satzung und der Kartenvergabe hinzuwirken, und wenn ja, inwiefern, und wie begründet sie ihr Änderungsvorbringen?

8. Welche Priorität nimmt aus Sicht der Bundesregierung die Förderung der Bayreuther Festspiele ein, und wie begründet sie ihre Aussage?

Berlin, den 23. August 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

